Vorlage Nr.: 0036/2023

Beratungsfolge		Sitzungstermin	TOP	Status	Abstimmungsergebnis		
					Ja	Nein	Enth.
Verwaltungsausschuss	Vorberatung	27.04.2023		N			
Rat	Entscheidung	04.05.2023		Ö			

Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Vorschlagsliste der Schöffinnen und Schöffen für die Amtsperiode 2024-2028

1. Sachverhalt und Rechtslage:

Der Präsident des Landgerichts Lüneburg hat mit Verfügung vom 22. Dezember 2022 gemäß §§ 43, 77 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) die Zahl der Hauptschöffinnen und Hauptschöffen sowie der Ersatzschöffinnen und Ersatzschöffen für das Amtsgericht Soltau und die Strafkammer des Landgerichts festgesetzt. Der Präsident des Landgerichts hat bestimmt, dass die Stadt Soltau 14 Personen zur Wahl vorzuschlagen hat.

Bei der Aufnahme in die Vorschlagsliste sollen alle Gruppen der Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Beruf und sozialer Stellung angemessen berücksichtigt werden.

Es haben sich nach den öffentlichen Pressebekanntmachungen 51 Personen für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen beworben.

Abstimmungsverfahren:

Die Gesamtzahl von 14 Personen ist bereits die verdoppelte der errechneten erforderlichen Zahl von Schöffen und Schöffinnen. Es wird eine Abstimmung über die Bewerberinnen und Bewerber durchgeführt, sodass die Vorschlagsliste auf die erforderlichen 14 Personen begrenzt wird, daher hat jede/r Abstimmungsberechtigte/r 14 Stimmen zu verteilen. Da Frauen und Männer zu gleicher Anzahl vorgeschlagen werden sollen, werden die beiden Stimmzettel nach Geschlechtern getrennt, sodass 7 Stimmen auf die Frauen und 7 Stimmen auf die Männer zu verteilen sind. Die Bewerberinnen und Bewerber dürfen jeweils nur eine Stimme erhalten, es müssen 7 Stimmen auf 7 Bewerberinnen und Bewerber abgegeben werden. Die Auszählung wird öffentlich direkt im Anschluss an die Abstimmung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung im Nebenraum ausgeführt. Die daraus resultierende Vorschlagsliste mit 14 Personen wird am Ende der Sitzung nochmals vorgestellt und bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates.

Die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher wurden gemäß § 94 Abs. 1 Satz 2 Nr. 7 in Verbindung mit § 96 Abs. 1 des Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz in einem Anhörungsverfahren (NKomVG) beteiligt.

Nach der Beschlussfassung des Rates ist die Vorschlagsliste für die Dauer einer Woche zu jedermanns Einsicht auszulegen und anschließend dem Amtsgericht Soltau mit möglichen eingegangenen Einsprüchen einzureichen.

2. Haushaltmäßige Beurteilung:

entfällt

3. Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt,
der Rat beschließt,

das Abstimmungsverfahren für die Bewerberinnen und Bewerber für das Schöffenamtsamt wie beschrieben durchzuführen und die daraus resultierende Vorschlagsliste dem Amtsgericht Soltau vorzulegen.